

Zu Punkt 7.1

Der aktuelle Stand zum 01.09.2023

Wir haben derzeit aktiv 11 Personen im Asylleistungsbezug

Insgesamt 53 Personen, die durch Einweisung in Wohnraum von der Gemeinde (u.a. angemietet) untergebracht sind

Hiervon sind

4 P. (1 Familie) Eigenzahler (mit Erwerbseinkommen)

6 P. im Grundsicherungs- bzw. Hilfe zum Lebensunterhalt Bezug (6 UKR)

9 P. im Asylleistungsbezug

34 P. im Bezug Leistungen Bürgergeld (davon 21 P. UKR)

Wohnraumsituation schlecht. Alle belegt, Neuanmietungen bisher keine stattgefunden. Suche läuft.

1 Mietobjekt befristet bis 29.02.2024 (belegt mit 9 Personen UKR) – endet, Verbleib offen.

1 Mietobjekt soll ggf. zum Jahresende gekündigt werden (belegt mit 5 P. UKR) – Verbleib offen.

Insgesamt verwalten wir 12 Objekte, davon 2 Gemeinde (FFW) Gebäude.

- Heinrich-Schütte-Str. 57 – Scheune beendet 30.06.2023, Haupthaus besteht noch, derzeit leer.

Wer ist für den Schimmel verantwortlich?

- Es wurde einerseits im Haupthaus (Heinrich-Schütte-Str. 57) wurde falsch gelüftet, aber andererseits sind einige Risse bzw. Fugen (außen) rausgebrochen, so konnte Wasser eintreten. Die Eigentümer haben einen Teil schon reparieren lassen, ein weiterer Teil ist noch in Klärung mit Kostenvoranschlag.

Es werden händeringend preisgünstige Wohnungen gesucht.

- Rückmeldung der Anwesenden: es soll in Großenmeer wird ein Haus frei werden (weitere Recherche erfolgt) und was ist mit dem Haus „an der Dornebbe 2“ (vermietet an andere/unbekannt)

➔ Anlage 2:

Wir bekommen keine weiteren Ukrainer, weil wir in Niedersachsen die Quote erfüllt haben.

➔ Anlage 3

Aktuelle Zuweisungsquote für Landkreis Wesermarsch/ Ovelgönne:

Stand 01.08.2023 konnten wir 28 Personen nicht unterbringen;

Seit 01.08.2023 wurden bis 05.09.2023 = 3 Personen aufgenommen somit nach unserer Rechnung noch 25 Personen zur Unterbringung lt. Übersicht offen wären.

Wenn wir (speziell auch der Landkreis Wesermarsch) nicht alle Personen unterbringen können, droht uns die Landesaufnahmebehörde (LAB) mit Zwangsunterbringungen. Es wird daher gehofft, dass einerseits weitere Unterkünfte gefunden werden, aber auch die Unterbringung in anderen Gemeinden über deren Quote erfolgt.

Aktuell werden Personen aus Irak, Türkei, Syrien, Afghanistan, Nigeria, Eritrea, Libanon, Pakistan, Sudan, Kolumbien von der Landesaufnahmebehörde zur Unterbringung gemeldet, hauptsächlich Einzelne Männer. Hier gestaltet sich eine Unterbringung schwierig, da die Hilfsbereitschaft in der Bevölkerung hierfür nicht vorliegt und passender Wohnraum nicht zur Verfügung gestellt wird.

Zum Aktuellen Stand Unterkunft in der Bahnhofstraße 18 in Ovelgönne

- handelt es sich um eine gute Objektlage, dort läuft alles reibungslos und man ergänzt sich untereinander.
- untergebracht seit Sommer 2023 nur Männer aus Syrien.
- Zum 14.9.23 ist mit Aufnahme der 8. Person alles voll belegt.

Es bestehen noch Mietverträge, wobei wir hierfür Zahlungsmäßig nicht mehr zuständig sind, da Leistungsbezug u.a. Jobcenter/Grundsicherung od. Erwerbseinkommen vorliegt. Die Gemeinde könnte den Wohnraum anderweitig nutzen, hierfür müssten sich die Ukrainer neuen Wohnraum suchen, der aber nicht vorhanden ist -> Es gibt kaum bis keine passenden/angemessenen Anschlusswohnungen. Oder Alternativ würde es der Gemeinde auch helfen, wenn die Vermieter die bisherigen Mietverträge von der Gemeinde direkt mit den Ukrainern abschließen. Dann fallen für uns Wohnungsverwaltungen weg, diese sowieso nicht mit anderen Personen belegt werden können.

Es gibt 1-2 gut integrierte Familien in unseren Wohnungen hier: Großenmeer aber die Wohnungssuche gestaltet sich schwierig, da sie gern in Großenmeer bleiben möchten, jedoch andere Wohnungen kommen für sie nicht in Frage, da diese zu teuer sei.

Es gibt beim Landkreis Wesermarsch eine Stelle, wo der freie Wohnraum zentral gemeldet wird (Herr Ülsmann-Pohl). Lt. Diesem gab es in der Vergangenheit ca.150 Wohnungen im Monat zur Verfügung, jetzt zwischen 10 bis 15 Wohnungen, diese aber nicht alle im angemessenen Bereich liegen.

Der aktuelle Mietspiegel müsste überholt werden.
Unterbringungen/Mietangelegenheiten = Ordnungsrecht und Sozialleistungen/Asylleistungen = Sozialrecht.

Aktuell arbeiten wir daran, die Heinrich-Schütte-Str. 57 (Haupthaus) wieder herzurichten, damit zeitnah weitere Geflüchtete dort aufgenommen werden können.

Beim Landkreis Wesermarsch gibt es jetzt eine Netzwerk-Koordinationsbeauftragte (Frau Hannah-Sophie Heldberg), die für die Gemeinden aber auch Refugium und andere Kooperationspartner Ansprechpartnerin ist.

Am 14.09.2023 findet ein Treffen aller Sozialämter statt. Es geht u. a. um die Themen Flüchtlinge, Wohnungen, Härtefallfonds Energiepreissteigerung (Gas/Strom), Abfrage/Interesse Inhouse-Schulungen, Einführung der Digitale Akte etc.